

Das Kapital im 21. Jahrhundert



(Foto by [Sue Gardner](#) | Bildbeschreibung: French economist Thomas Piketty at the reading for his book Capital in the Twenty-First Century, on 18 April 2014 at the Harvard Book Store in Cambridge, Massachusetts. | Quelle: [Wikimedia Commons](#) | Lizenz: [CC BY-SA 3.0](#))

Wie gerecht sind Vermögen und Einkommen in der Welt verteilt? Dieser Frage ist der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty in seinem Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ nachgegangen. Er stellt in seinen umfangreichen Analysen eine wachsende Ungleichheit der Vermögensverteilung fest, die nicht nur unter Gerechtigkeitsfragen ein Problem ist, sondern Demokratie und eine gesunde Wirtschaft gleichermaßen gefährdet. Das Buch sorgte weltweit für viel Aufmerksamkeit und ist seit kurzem als Taschenbuch zu erhalten. Grund genug, sich mit dem wichtigsten wirtschaftswissenschaftlichen Buch der jüngeren Vergangenheit zu befassen.

Deutscher Titel:	Das Kapital im 21. Jahrhundert
Originaltitel:	Le Capital au XXIe siècle

Deutscher Titel:	Das Kapital im 21. Jahrhundert
Autor:	Thomas Piketty
Erscheinungsjahr:	2013
ISBN-13:	978-3406688652

Trotz des komplexen Themas ist das Buch allgemeinverständlich geschrieben, ein großer Teil der Datenmenge wurde in umfangreiche Fußnoten gepackt und kann bei Interesse im Internet nachvollzogen werden. Selbst Gegner von Pikettys Thesen gestehen ein, dass es sich hierbei um die umfangreichste und gründlichste Analyse der Einkommensentwicklung handelt, die es bisher gegeben hat. Thomas Piketty hat mit seinem Werk echte Pionierarbeit geleistet. 15 Jahre akribischer Forschung sind in das Werk geflossen. Bisher gab es zwar immer viele Debatten zu diesem Thema, doch die Datenbasis war schwach ausgeprägt. Mit diesem Buch hat sich das geändert!

Thomas Piketty stellt bei seinen Analysen fest, dass es ein strukturelles Ungleichgewicht zwischen den Einkünften aus Arbeit und dem Einkommen aus Kapital gibt. Das Wirtschaftswachstum lag in den letzten drei Jahrhunderten bei 1 bis 1,5 Prozent im Jahr. Die Einkünfte aus Kapitalvermögen stiegen aber um rund 5 Prozent jedes Jahr. Dabei handelt es sich um ein weltweites Phänomen. Wer hat, dem wird gegeben werden - so lässt es sich zusammenfassen. Diese Ungleichheit setzt sich über Generationen fort, da das Geld meist in der Familie vererbt wird. Die Mittelschicht kann da irgendwann nicht mehr mithalten, von den ärmeren Schichten der Gesellschaft ganz zu schweigen. Durchbrochen wurde die wachsende Ungleichheit durch große Katastrophen wie die Weltwirtschaftskrise und die beiden Weltkriege, stellt Piketty in seiner Untersuchung fest. Durch die großen Zerstörungen wurde auch das Vermögen der Superreichen deutlich dezimiert, die sonst von normalen Krisen meist sogar noch profitieren. Der wirtschaftliche Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg kam bei allen an. Doch seit den 70er und 80er Jahren kippte die ganze Sache, die Schere zwischen Arm und Reich wuchs immer mehr, sowohl in Europa als auch in den USA.

Ungefähr seit 1980 ist in den westlichen Staaten eine erhebliche Senkung von Einkommens- und Erbschaftssteuern zu beobachten. Die allmähliche Vermögenskonzentration wurde dadurch erheblich beschleunigt. Wir haben aktuell wieder eine Ungleichheit, die vergleichbar ist mit der Situation vor dem Ersten Weltkrieg. Erscheint es da noch verwunderlich, wenn auch die aktuelle

Weltlage wieder sehr instabil geworden ist? In den USA sind die Einkommen stärker ungleich verteilt als in Europa. Piketty zeigt in seinen Analysen, dass es einmal anders war. Entgegen landläufigen Vorstellungen waren die USA Anfang des 20. Jahrhunderts egalitärer als Europa. Das waren die Zeiten von großem Wirtschaftswachstum und vergleichsweise guten sozialen Aufstiegsmöglichkeiten. Doch die hohen Einkünfte aus Kapitalerträgen gegenüber den Arbeitseinkommen haben die USA verändert. Man braucht nicht viel zu spekulieren, wenn man die aktuellen Krisen der USA mit den Analysen von Piketty zusammenbringt.

Das jährliche Bruttoeinkommen der US-amerikanischen Arbeitnehmer hat sich seit 1978 um rund 15.000 Dollar verringert (auf ca. 33.000 Dollar). Die Reichen konnten im selben Zeitraum ihr Jahreseinkommen fast verdreifachen auf rund 1,1 Millionen. Die 400 reichsten US-Amerikaner verfügen über genauso viel Vermögen wie 150.000.000 US-Amerikaner am unteren Ende der Pyramide. Vielleicht wurde auch deshalb das Buch in den USA besonders intensiv diskutiert. Die vielbeschworene soziale Mobilität ist in den USA immer weniger gegeben, was auch an den absurd hohen Studiengebühren liegt. Die Hochschulbildung ist für die Unterschicht und selbst die ärmere Mittelschicht kaum noch zu erreichen. Das Durchschnittsgehalt der Eltern von Harvard-Studenten beträgt 450.000 Euro. Reichtum ist für die meisten die Grundlage einer guten Ausbildung. Auch solche Strukturen verfestigen die wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft.

Der amerikanische Traum ist für viele längst zum Alptraum geworden. Man muss sich nicht wundern, dass Menschen Demagogen wie Trump oder religiösen Fanatikern wie Ted Cruz folgen. Es ist die Angst der unter Druck geratenen Mittelschicht, die sich darin äußert. Die schwächelnde US-amerikanische Wirtschaft ist eine Folge der wachsenden Spaltung der Gesellschaft. Die jüngsten Enthüllungen der Panama-Papers zeigen, wie die Superreichen auch noch die letzten Schlupflöcher suchen, um sich ihrer solidarischen Verantwortung zu entziehen. Wenn Geld mehr bringt als Arbeit, wird das System über kurz oder lang instabil. Diese Phasen hat es in der Vergangenheit immer wieder gegeben. Wie viel Ungleichheit kann ein Staat aushalten? Besonders für Demokratien ist es eine wichtige Frage. Dabei ist es bei weitem nicht nur eine Frage von Gerechtigkeit.

Zu große Ungleichheit führt zu einem schwächeren Wirtschaftswachstum, da es

die wirtschaftliche Entwicklung hemmt. Deswegen warnen selbst Organisationen wie der IWF vor einer Spaltung der Gesellschaft. Der Internationale Währungsfond stellte fest, das größeres und dauerhafteres Wachstum erreicht wird, wenn die Vermögensunterschiede nicht so gravierend sind. Die Finanzkrisen der letzten Jahre sind die unübersehbare Folge der Fehlentwicklungen. Auch in Deutschland sind die Folgen der Entwicklung längst zu beobachten. Das Vermögen ist sehr ungleich verteilt, aber überall heißt es, es geht uns gut. Doch die Unsicherheit hat Deutschland längst erfasst, wie man auch an den Wahlerfolgen der AFD ablesen kann, die selber zwar keine Lösungen anbietet, jedoch die vorhandene Grundstimmung ausnutzt. Wer einen guten Job hat, ist zufrieden, will oftmals nicht wahrhaben, dass bereits einiges ins Kippen gekommen ist.

Minijobs, Leiharbeit etc. haben Deutschland immer mehr verändert. Der Mindestlohn versucht jetzt die größten Auswüchse abzumildern, doch es ist ein herumdoktern an den Symptomen. Dass die Rente sicher ist, glaubt heute nicht mal mehr Norbert Blüm. Private Vorsorge ist aufgrund der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank nur noch ein Witz. Die vielbeschworene Riesterrente hat sich als schwerwiegender Fehler in der Rentenpolitik erwiesen. Nicht nur Geringverdiener und Leiharbeiter müssen um ihre Altersversorgung zittern. Auch im Gesundheitssystem knirscht es immer mehr. Wir ruinieren das, was Deutschland ausgemacht hat. Doch zurück zu Piketty. Er analysiert nicht nur das Problem der Ungleichheit, er zeigt auch Lösungen auf.

Neben einer Modernisierung des Sozialstaates spricht er sich entschieden für Kapitalsteuern aus. Mit einer progressiven Vermögenssteuer von durchschnittlich 2 Prozent und einem drastisch höheren Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer könnte das Ungleichgewicht zwischen Vermögen und Arbeitseinkommen ausgeglichen werden. Dadurch werde das strukturelle Problem behoben, ohne den Wettbewerb in der Wirtschaft zu stören. Egal ob man seine Lösungsansätze teilt oder auch nicht: mit „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ hat Thomas Piketty ein äußerst wichtiges Buch geschrieben. Als wichtiges Grundlagenwerk wird es die Debatten der nächsten Jahre prägen und ist für jeden am Thema interessierten Leser sehr zu empfehlen.

Interessante Artikel zum Thema:

- Die Welt: [„Deutschland trägt die Hauptschuld am Brexit“](#)

- Spiegel Online: [Rezension zum „Kapital im 21. Jahrhundert“](#)
 - Zeit Online: [Interview mit Thomas Piketty zur Schuldenkrise in Griechenland](#)
-

Die AfD und die Soziale Frage

Vor allem im Zuge der Flüchtlingskrise ist europaweit ein Anwachsen rechtspopulistischer und rechtsextremer Bewegungen zu beobachten - hierzulande zählt die Alternative für Deutschland (AfD) dazu. Das bestätigen auch ausführliche Recherchen von [netz-gegen-nazis.de](#) zur Entwicklung der AfD. Zitat: *„In den Kontext des Rassismus aus der Mitte für die Mitte gehört stark die Entwicklung der AfD [...] in 2015: Sie zeigt prototypisch, wie schnell der Weg geht von einer konservativ-antimodernen Partei [...] hin zu einer neurechten, latent bis offen rassistisch-flüchtlingsfeindlichen Partei, für die so keine Koalitionen mehr möglich sind (außer nach noch weiter Rechtsaußen).“* ([Quelle](#)) Die Flüchtlingskrise dient der AfD nur als Ablenkung, um die soziale Spaltung in einem ungeahnten Maße zu verschärfen.

Bei den Landtagswahlen am letzten Sonntag erzielte die AfD in allen drei Bundesländern zweistellige Ergebnisse. Die Flüchtlingskrise ist ein wesentlicher Grund für ihr Erstarke. Doch bewegt die Bürger/innen ein anderes Thema viel grundlegender: „Wie gerecht ist unsere Gesellschaft noch?“. Bei diesem Thema versagt die AfD komplett und präsentiert sich bei genauerer Betrachtung als eine Art nationalistische FDP. Weite Teile der Bevölkerung spüren die Spaltung der Gesellschaft, die in großen Schritten immer weiter zunimmt. Es ist dieses Unbehagen, das den Nährboden für die neue Rechte bildet.

Der bedeutende Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty hat die Gründe dafür in umfangreichen Analysen offengelegt. Kurz gesagt bringt der Besitz von Kapital mehr ein, als das Einkommen aus Arbeit. Doch es gibt auch andere Faktoren, die eine Spaltung befördern. Zum Beispiel das Ehegattensplitting, das einem umso mehr Geld bringt, je höher das Einkommen ist. Die Menschen bekommen die Probleme mit, doch manche haben sich, statt gründlich nachzudenken, darauf

verlegt, einen simplen Grund für die Probleme zu suchen: die Flüchtlinge. Natürlich bildet die aktuelle Lage mehr als eine Herausforderung, doch die Polizei wurde vorher kaputt gespart und Hartz 4 bzw. ALGII wurde vor der Flüchtlingswelle eingeführt. Die Flüchtlinge sollen jetzt plötzlich an allen Fehlentwicklungen schuld sein. Für die Erhöhung von Minirenten (trotz teils langer Erwerbsbiographien) ist kein Geld da, aber nicht wegen der Flüchtlinge, sondern z.B. weil die CSU ihre Mütterrente wollte. Die AfD hat auf die sozialen Fragen keine Antworten. Abschaffung des Mindestlohns, Abtreibungsverbot, Arbeitspflicht für Arbeitslose, Einführung der D-Mark (was den Export ruiniert).

Wer die AfD wählt, weil er von ihr Antworten auf die Flüchtlingskrise erwartet, bekommt eine Partei, die eine zutiefst unsoziale Agenda hat. Dagegen ist die FDP geradezu eine sozialistische Partei. Bei der Steuerpolitik will sie einen radikalen Kurswechsel, Reiche sollen gegenüber dem heutigen System stark entlastet werden, auf Kosten der unteren Einkommen. Auch die Erbschaftssteuer soll abgeschafft werden. Nehmt es den Armen und gebt es den Reichen, so könnte man überspitzt das „Sozialprogramm“ der AfD zusammenfassen. Die Flüchtlingskrise dient der AfD nur als Ablenkung, um die soziale Spaltung in einem ungeahnten Maße zu verschärfen. Die Volksparteien CDU und SPD haben viele Fehlentwicklungen zu verantworten, gegenüber solchen Plänen sind sie aber die reinsten Waisenknaben. Die Wähler/innen der AfD vom letzten Sonntag sollten weniger vor den Flüchtlingen Angst haben, als vor der Partei, die sie gewählt haben.